

## PROTOKOLL

über die 7. Sitzung des Orsrates Melle-Mitte am Mittwoch, den 21.02.2018,  
Ratssaal, Markt 22, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** ORME/008/2018  
**Öffentliche Sitzung:** 19:30 Uhr bis 21:30 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Ortsbürgermeisterin**

Gerda Hövel

#### **stellv. Ortsbürgermeister**

Johannes Marahrens

Reinhardt Wüstehube

#### **Ortsratsmitglied CDU-Fraktion**

Leonhard Birke

Karl Hotho

Jan-Hendrik Hüpel

Friedhelm Pfeiffer

Malte Stakowski

Rainer Vogt-Rohlf

#### **Ortsratsmitglied SPD-Fraktion**

Hauke Dammann

Jutta Dettmann

Annegret Mielke

Uwe Plaß

Erich Walkenhorst

#### **Ortsratsmitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Silke Meier

#### **Ortsratsmitglied UWG-Fraktion**

Kay Wittefeld

#### **von der Verwaltung**

StAR Sandra Wiesemann

StOAR Rainer Mallon

Dipl.-Ing. Alexander Reuschel

#### **ProtokollführerIn**

StA Heike Wiesemann

#### **Zuhörer**

Presse

Zuhörer

Herr Franken (Meller Kreisblatt)

6 Personen

### **Abwesend:**

#### **Ortsratsmitglied UWG-Fraktion**

Matthias Pietsch

## **Tagesordnung:**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 09.11.2017
- TOP 5 Berichte
- TOP 5.1 Ortsbürgermeisterin
- TOP 5.2 Verwaltung
- TOP 5.3 Arbeitskreise
- TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft
- TOP 7 Straßenumbenennung "Anton-Schlecker-Straße" in "Am Sandacker"  
Vorlage: 2018/0009
- TOP 8 Umgestaltung Markt / Haferstraße - Angebotseinholung für Planungsleistungen  
Vorlage: 2018/0023
- TOP 8.1 Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Rathausplatz Markt  
Vorlage: 2017/0129
- TOP 9 Bebauungsplan "Neue Mitte Nord" Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 2018/0022
- TOP 10 Anfrage zur Aufstellung eines Kunstwerkes in Melle-Mitte
- TOP 11 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Ortsbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

## **TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Fragen werden nicht gestellt.

Herr Massmann macht darauf aufmerksam, dass eine Reduzierung der Parkplätze im Bereich „Markt“ für die Gewerbebetreibenden negative Folgen haben könnte und diese Umgestaltung daher von Anliegern nicht unterstützt werde. Weiterhin befürwortet er, dass differenziertere Rahmenbedingungen für die Umgestaltung festgelegt werden, um Kosten einzusparen.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Ortsbürgermeisterin stellt die vorliegende Tagesordnung ohne Ergänzungen und Einwände fest.

## **TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 09.11.2017**

Das Protokoll vom 09.11.2017 wird einstimmig genehmigt.

## **TOP 5 Berichte**

### **TOP 5.1 Ortsbürgermeisterin**

Ortsbürgermeisterin berichtet über folgende Punkte:

- Die Ergebnisse aus der Einwohnerstatistik belegen für den Stadtteil Melle-Mitte eine gute Entwicklung der Bevölkerung. Für die Jahre 2016/2017 seien 100 Einwohner mehr zu verzeichnen.
- Der Arbeitskreis ILE habe zweimal getagt. Ziel sei es, den Grönenbergpark weiterzuentwickeln und dafür Zuschüsse aus der ILE-Förderung zu erhalten.
- Sie weist darauf hin, dass die Parkbänke im Kurpark dringend gestrichen werden müssen.  
Im letzten Jahr wurde ein entsprechender Beschluss gefasst, der aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht mehr in 2017 durchgeführt werden konnte. Die für diese Maßnahme vorgesehenen Mittel aus dem Unterbudget „Pflege der örtlichen Gemeinschaft“ wurden zur Deckung der übrigen Unterbudgets verwandt. Die Problematik „gegenseitige Deckungsfähigkeit“ soll noch einmal in den Haushaltsberatungen thematisiert werden.
- Thema und Zeitraum für das 850. Jubiläum in Melle-Mitte seien bereits festgelegt worden. Vom 28. bis 30.6.19 sollen unter dem Thema „Gestern/Heute/Morgen“ die Feierlichkeiten durchgeführt werden. Für dieses Jahr seien ebenfalls Aktionen geplant (Kunst- und Malaktionen, Grillmeisterschaften etc.). In nächster Zeit werden von der Verwaltung Workshops eingerichtet, zu denen alle interessierten Bürger, Vereine und Ortsratsmitglieder eingeladen werden, um ihre Impulse und Ideen zur

Gestaltung des Events einzubringen und bei der Umsetzung dieser Attraktionen aktiv mitzuhelfen.

Herr Hüpel berichtet über das anstehende 950. Jubiläum in Gerden. Die Feierlichkeiten werden am 04. und 05.08.2018 unter dem Thema „Gerden Games“ stattfinden. Events mit „Back to the Roots“, einem ökumenischen Gottesdienstes und einem Festumzug seien geplant. Nähere Informationen seien unter der Homepage zu finden.

Frau Dettmann informiert, dass St. Matthäus Melle im Jahr 2019 ebenfalls das 850. Jubiläum feiern werde.

Herr Plaß berichtet von der 100. Jubiläumsfeier des Heimatsvereines und bedankt sich für die Teilnahme vieler Ortsratsmitglieder.

Ortsbürgermeisterin erläutert dazu, dass die Veranstaltung des Heimatvereins sehr gut besucht und äußerst unterhaltsam gewesen sei. Das gemeinschaftliche Miteinander wurde besonders gepflegt.

## **TOP 5.2 Verwaltung**

Frau Sandra Wiesemann nimmt zu den Anregungen aus der letzten Ortsratssitzung wie folgt Stellung:

- Im Bereich „Gesmolder Straße / Montessori-Kindergarten“ werde bereits stichprobenartig der ruhende Verkehr kontrolliert.
- Die Beschilderung sowie Markierung des Kreuzungsbereiches Oldendorfer Straße/Westumgehung entspreche der Straßenverkehrsordnung (StVO) und sei somit nicht zu beanstanden. Der Radverkehr werde als Zweirichtungsradweg entlang der Vorfahrtsstraße geführt. Der Radfahrer auf dem Radweg sei bevorrechtigt. Diese Verkehrsführung sei anhand der markierten Radfahrerfurt und der Beschilderung mit Z 205 (Vorfahrt gewähren) +Z 1000-32 (kreuzender Radverkehr von links und rechts) zu erkennen. Von der Vorfahrtsstraße abbiegende Fahrzeuge müssen entgegenkommende Fahrzeuge durchfahren lassen, Fahrräder auch dann, wenn sie auf oder neben der Fahrbahn in der gleichen Richtung fahren (§ 9 Abs. 3 StVO). Fahrzeuge, die von dem östlichen, wartepflichtigen Teil der Oldendorfer Straße in Richtung Kreuzungsbereich fahren, müssen Vorfahrt gewähren und dabei auf Radverkehr von links und rechts achten. Die Aufstellung eines weiteren Z 205 wäre falsch. Auch die Aufstellung des Gefahrzeichens 138 (Achtung Radverkehr) sei vorliegend nicht möglich. Dieses Gefahrzeichen werde nur dort aufgestellt, wo Radverkehr außerhalb von Kreuzungen oder Einmündungen die Fahrbahn quert oder auf sie geführt werde und dies für den Kraftfahrzeugverkehr nicht ohne weiteres erkennbar sei.

Herr Hotho verweist darauf, dass er die Bedenken und Empfindungen der Bürger weitergegeben habe, die die Verkehrssituation für ihre Kinder als gefährdend einstufen.

Frau Sandra Wiesemann macht den Vorschlag, die Verkehrssituation noch einmal in der Verkehrsschau zu erörtern.

## **TOP 5.3 Arbeitskreise**

Herr Birke berichtet von der Sitzung des Arbeitskreises „Gewässerschau vom 25.01.2018“.

- Die bisherigen Umsetzungen der Regulierungsmaßnahmen zur Oberflächenentwässerung in Eicken-Bruche“ In der langen Marsch II“ seien

keinesfalls zufriedenstellend und die Gründe für die Verzögerungen seien nicht mehr nachvollziehbar. Aufgrund der vermehrten Hochwasserereignisse könne eine Aussage bezüglich der Wirksamkeit der Maßnahmen getroffen werden.

-Beim „RRB Westerheide“ seien Verbesserungen im Zu- sowie im Abfluss wahrzunehmen.

-Die Funktionen sowie die Auswirkungen auf die Vorfluter der „RRB Lange Marsch“ waren nicht erkennbar.

-Die Situation am östlichen Bahndurchlass sei grenzwertig, da entscheidende Maßnahmen noch ausstünden.

- Für den Bereich „Buersche Str. / Eickener Str./ Drift“ bestehe kurzfristig Handlungsbedarf.

Als Ergebnis sei festzustellen, dass keine Maßnahme abgeschlossen sei, aber positive Tendenzen erkennbar seien. Ein überarbeiteter Maßnahmenkatalog sei der Verwaltung und den Ortsratsmitgliedern zur Verfügung gestellt worden.

- Die Oberflächenentwässerungskonzepte der „Hafermasch und der Neuen Mitte Nord“ sollen die Interessen und die Kritik der Bürger berücksichtigen und die Zukunftsfähigkeit der Infrastrukturen abbilden.

Der Arbeitskreis „Gewässerschau“ soll eine Auflistung strategisch wichtiger Entwässerungsgräben erarbeiten, damit deren Pflege über das Jahr intensiver betrieben werde.

Als Termin für die Gewässerschau wurde Freitag, 09.03.2018, 9:00 Uhr festgelegt.

## **TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft**

Ortsbürgermeisterin verweist auf die vorliegenden Anträge der Vereine. Sie schlägt vor, der Leichtathletikabteilung des „SC Melle 03“ für die Durchführung des 17. Meller Stadtlaufs in 2018 einen Zuschuss von 250 EUR und dem Männerchor „Liedertafel“ Altenmelle e.V. für die Durchführung seiner Veranstaltung einen Zuschuss von 150 EUR zu gewähren.

Sie berichtet, dass der Ortsrat in der Vergangenheit Projekte unterstützt habe, die die nachbarschaftliche Gemeinschaft fördern, z.B. Zuschüsse zur Finanzierung von Bänken an markanten Siedlungstreffpunkten. Sie habe Herrn Heimhalt kontaktiert, um Details über das Projekt zu erfahren. Demzufolge sollen zwei Bänke am Treffpunkt aufgestellt werden. Die Kosten pro Bank werden ca. 150 EUR betragen. Ortsbürgermeisterin macht den Vorschlag aus dem Titel „Pflege der örtlichen Gemeinschaft“ der Siedlergemeinschaft einen Zuschuss von 300 EUR für die Anschaffung von zwei Bänken am Treffpunkt in der Selhofe zu gewähren.

Herr Hüpel fügt ergänzend dazu aus, dass die Bänke von den „Berufsbildenden Schulen“ gebaut werden sollen. Der Treffpunkt sei im vergangenen Jahr von den Anliegern gemeinschaftlich angelegt und gestaltet worden. Für die Förderung der Gemeinschaft sei nunmehr die Anschaffung der Bänke vorgesehen. Er bittet den Ortsrat um Unterstützung der Maßnahmen.

Der Ortsrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

### **Beschluss**

Aus dem Titel „Pflege der örtlichen Gemeinschaft“ erhalten die Leichtathletikabteilung des „SC Melle 03“ für die Durchführung des 17. Meller Stadtlaufs in 2018 einen Zuschuss von 250 EUR und der Männerchor „Liedertafel“ Altenmelle e.V. für die Durchführung seiner Veranstaltung einen Zuschuss von 150 EUR. Die „Siedlergemeinschaft Gerden“ erhält aus dem Titel einen Zuschuss von 300 EUR für die Anschaffung von zwei Bänken am Treffpunkt in der Selhofe.

**TOP 7      Straßenumbenennung "Anton-Schlecker-Straße" in "Am Sandacker"**  
**Vorlage: 2018/0009**

Herr Plaß sieht die Notwendigkeit für die Umbenennung der „Anton-Schlecker-Straße“ in der geänderten Sachlage. Herr Schlecker sei mittlerweile wegen vorsätzlichen Bankrotts zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe und einer Geldstrafe verurteilt worden. Dieses Vergehen sei hochkriminell und dürfe nicht bagatellisiert werden. Die rechtskräftige Verurteilung von Herrn Schlecker sei daher ausschlaggebend bzw. stelle einen erheblichen Grund für die Umbenennung dar.

Der Verwaltungsakt „Umbenennung einer Straße“ führe juristisch zu keinen Problemen, soweit eine Ermessensabwägung vorgenommen werde. Außerdem könne verwaltungstechnisch die „Umbenennung“ einfach verwirklicht werden, da nur die Straßenbeschilderung auszutauschen sei. Für die Anlieger sei der Vorgang mit Unannehmlichkeiten verbunden, die durch eine einjährige Übergangsregelung, in der beide Namen gültig blieben, gemildert werden könnte. Die Sorgen der Anlieger seien zwar berechtigt, aber er halte die Kosten, die bei der Umbenennung für die Anlieger entstehen, für zumutbar. Durch die Einrichtung einer Übergangsfrist können Werbemittel und Druckmaterial verbraucht werden. Auf Nachfrage bei den Fachfirmen würde eine Umstellung der Navigationssysteme in der Regel ca. vier Monate dauern. Probleme bei der postalischen Zustellung würden innerhalb von einigen Wochen behoben sein, so dass keine wirtschaftlichen Schäden für die Geschäftsbetriebe zu erkennen seien. Generell seien die Nachteile für die Anlieger sehr gering, dagegen stelle das Votum für eine Umbenennung ein öffentliches Signal dar, sich von Herrn Schlecker und seinen Handlungen zu distanzieren. In der Vergangenheit gab es sicherlich gute Gründe, die für die Vorgehensweise/ Straßenbenennung sprachen, aber spätestens durch das Fehlverhalten und die wirtschaftliche Kriminalisierung von Herrn Schlecker müsse mit der Umbenennung der Fehler der Stadt Melle behoben werden. Bisher stelle eine personifizierte Straßenbenennung eine Ehre für ausgewählte Persönlichkeiten dar, die sich um das Gemeinwohl der Stadt besonders verdient gemacht haben. Diese Handhabung wurde u.a. im letzten Jahr in der „Handlungsempfehlung“ einstimmig durch den Ortsrat verabschiedet. Die Ehrung von Kriminellen gegenüber allen anderen seriösen Personen stelle eine Verfehlung dar. Die Stadt bzw. der Ortsrat müsse seinen Pflichten nachkommen und die Straße umbenennen.

Herr Marahrens erklärt, dass er bei seinen Entscheidungen das Wohl der Bürger berücksichtige und mit einfließen lasse. Im Vordergrund der Entscheidungen sollen daher nicht die eigenen Befindlichkeiten sondern die Wünsche der Bürger ausschlaggebend sein. In der Angelegenheit habe er noch einmal aktuell mit den vierzehn Anliegern gesprochen und festgestellt, dass kein einziger Anlieger für eine Umbenennung stimmt, obwohl der Straßename „rufschädigend“ wirken könnte. In weiteren Gesprächen bezifferten einige Geschäftsleute die Kosten mit ca. 6.000 EUR, wenn die Umbenennung durchgeführt werde. Einigkeit bestehe im Ortsrat in der Tatsache, dass Herr Schlecker kein Ehrenmann sei. Dieses zeichnete sich bereits vor zwanzig Jahren mit seinem damaligen Verhalten ab. Die Straßenbenennung war damals eine Fehlentscheidung, aber die Korrektur würde zu Lasten der Anlieger gehen. Er werde daher den Antrag ablehnen, um dem Wunsch der Anlieger nachzukommen.

Herr Wüsthube unterstützt im Namen seiner Fraktion Bündnis 90 /DIE GRÜNEN den Antrag der SPD-Fraktion. Er berichtet, dass sich der Ortsrat viermal mit der Benennung der Straße beschäftigt habe. Die erste Umbenennung der Straße sei durch „Nötigung/Erpressung“ erwirkt worden. Auch danach konnte nicht festgestellt werden, dass Herr Schlecker sich im besonderen Maße um das Wohl des Gemeinwesens verdient gemacht habe. Neben der jetzigen Verurteilung wurde er bereits 1998 und 2007 wegen diverser Vergehen verurteilt. Eine besondere Ehre bzw. eine Hervorhebung einer allseits anerkannten Persönlichkeit dürfe daher nicht erfolgen. Diese Fehlentscheidung sei zu

korrigieren. Zu den Bedenken der Anlieger führt er an, dass die Kosten seiner Meinung nach zu hoch geschätzt werden. Mit der Einführung einer Übergangsfrist können die Umstellungskosten verringert werden. Gleichzeitig können steuerliche Vergünstigungen bzw. Übernahme von Kosten durch die Stadt Melle überprüft und angeboten werden. Er halte die Aufwendung der Anlieger daher für zumutbar. Er habe kein Verständnis dafür, dass die Anlieger/Geschäftsleute den Straßennamen beibehalten möchten. Diese Vorgehensweise führe zu einem starken Imageverlust der Stadt Melle und einer Schädigung des Ansehens aller übrigen Personen, die sich um das Gemeinwohl im besonderen Maße verdient gemacht haben.

Herr Stakowski bemerkt, dass eine Neubenennung einer Straße, mit dem Wissen um die wirtschaftliche Kriminalität von Herrn Schlecker, heute nicht mehr erfolgen würde. Thema dieser Sitzung sei jedoch eine Umbenennung einer Straße, so dass die Interessen der Anlieger bei der Entscheidung ebenfalls zu berücksichtigen und mit einbezogen werden müssen. Bei der Straße handele es sich um eine 400m lange Nebenstraße in einem Gewerbegebiet. Im Verhältnis zu allen anderen Straßen im Stadtgebiet stelle diese Straße eine untergeordnete Bedeutung mit geringer Außenwirkung dar. Er kritisiere jedoch die Art und Weise, wie der Antrag auf Umbenennung den Anliegern mitgeteilt worden sei. Die Betroffenen hätten erst durch die Presse von dem Antrag/Anliegen erfahren. Die CDU-Fraktion habe daher noch kurzfristig mit den Anliegern Kontrakt aufgenommen, um ein Votum der Betroffenen einzuholen. Die Anlieger weisen darauf hin, dass aufgrund ihrer Erfahrungen die Realität/Praxis anders aussehen würde als die dargestellten Prognosen der Parteien. Probleme würden bei der Weiterverwendung von Materialien (Briefpapier, Werbematerialien etc.) und der Erreichbarkeit/Auffindbarkeit für Kunden, Post und Lieferanten gesehen, die sich wirtschaftlich nachteilig für sie auswirken. Die Fehler, die durch die Stadt verursacht wurden, gingen nach dem vorliegenden Antrag der SPD nur zu Lasten der Anlieger. Ebenso könne zur Höhe der Kosten, die eine Umbenennung mit sich bringen würde, keine konkreten Angaben gemacht werden. Sie seien daher nicht messbar und einschätzbar. Die CDU-Fraktion lehne es ab, ohne akuten Handlungsdruck einen Beschluss herbeizuführen, bei denen die Bürger nicht eingebunden werden und dann noch alleine die Kosten der städtischen Fehlentscheidung tragen sollen.

Herr Plaß macht noch einmal deutlich, dass im Unterschied zu den vergangenen Beratungen zum heutigen Zeitpunkt eine rechtswirksame Verurteilung von Herrn Schlecker vorläge. Die Stadt Melle stelle somit einen Einzelfall dar, da alle übrigen Städte, die in einer vergleichbaren Situation gewesen waren, die Umbenennungen bereits vollzogen hätten bzw. dabei seien. In all diesen Fällen der Umbenennungen hätten die Anlieger bzw. Geschäftsleute keine Probleme mit den Kosten bzw. den Folgen der Änderungen. Die Kostenangaben im fünfstelligen Bereich halte er für zu hoch.

Ortsbürgermeisterin lässt über den Antrag, die „Anton-Schlecker-Straße“ in „Am Sandacker“ umzubenennen, abstimmen.

Der Antrag wird mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen abgelehnt.

### **Beschluss**

Die Straße „Anton-Schlecker-Straße“ in Melle-Mitte wird nicht umbenannt.

### **TOP 8      Umgestaltung Markt / Haferstraße - Angebotseinholung für Planungsleistungen Vorlage: 2018/0023**

Herr Reuschel führt aus, dass die Ergebnisse aus dem Verkehrsversuch und die ersten Planungsansätze zur Umgestaltung des Marktes und der Haferstraße in einer

Informationsveranstaltung und im Arbeitskreis des Orsrates Melle-Mitte erörtert worden seien. Es sei festzuhalten, dass beide vorgeschlagenen Verkehrsführungen grundsätzlich möglich seien, aber keine der Möglichkeiten eine herausragende Verbesserung mit sich bringen würde. Weiterhin wurde festgestellt, dass das Stellplatzangebot besser und eindeutig gestaltet werden müsse und eine Erhöhung des Stellplatzangebotes keine Entlastung bringen würde. Für die weitere Vorgehensweise solle die Verwaltung beauftragt werden, Angebote für die Vorplanungen inkl. Kostenschätzungen einzuholen. Dabei seien die mit dem Arbeitskreis des Orsrates erarbeiteten Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Frau Mielke berichtet, dass sich der Arbeitskreis "Stadtplanung" mit der Umgestaltung des Marktes in seiner Sitzung am 01.02.18 beschäftigt habe. Als Ergebnis seien folgende Rahmenbedingungen zusammengestellt worden:

- Die Umgestaltung des Marktes solle eine Verbesserung für die Ordnung des parkenden Verkehrs mit sich bringen. Es müsse für den Bürger optisch besser wahrnehmbar sein, welche Flächen zum Parken freigegeben werden. Ziel sei es, durch Markierungen oder bauliche Veränderungen unkontrolliertes, verkehrswidriges Parken zu verhindern. Die Überwachung des ruhenden Verkehrs würde sich dadurch ebenfalls verbessern.
- Auf eine Einbahnstraßen-Regelung für den Bereich solle verzichtet werden, weil der Engpass im Bereich „Kaffeemühle/Bank“ eine Gefährdung des Fuß- und Radverkehrs bewirke. Diese Gefahrensituation könne nicht entschärft werden.
- Die Anzahl der Parkplätze „Markt – Haferstraße“ solle erhalten bleiben. Zusätzlich seien weitere Fahrradständer aufzustellen. Die Anzahl der Parkplätze vor dem „Rathaus - Markt“ solle hingegen reduziert werden. Die Reduzierung der Anzahl der Parkplätze werde notwendig, da die einzelnen Parkplätze vergrößert und „Sicherheitszonen“ für den Fußgängerverkehr geschaffen werden sollen.
- Außerdem solle eine Verbesserung der Barrierefreiheit und Wegeführung sowie der Aufenthaltsqualität für die Außengastronomie und die Anbindung der umliegenden Parkplätze geschaffen werden.  
Die Umgestaltung könne in Abschnitten erfolgen. Wichtig sei, ein Konzept zu erhalten. Handlungsbedarf werde bei der Kontrolle des ruhenden Verkehrs auch in den Abendstunden gesehen, um zukünftig widerrechtliches Parken zu verhindern.

Herr Wüsthube erklärt, dass der Arbeitskreis keine formellen Empfehlungen aussprechen könne. Diese Entscheidung obliege dem Ortsrat. Den ersten sechs Rahmenbedingungen könne er zustimmen. Unterschiede sehe er bei der Verkehrslenkung und dem Parkplatzangebot am „Rathaus – Markt“.

- Die Parkplätze am „Rathaus-Markt“ haben sich in der Vergangenheit erst entwickelt. Sie seien nicht durch einen Ratsbeschluss legitimiert worden, sondern wurden durch die Verwaltung eingerichtet. Seine Fraktion spräche sich dafür aus, den Bereich z.B. durch Poller abzugrenzen und das Parken –auch während der Markttag- nicht mehr zu ermöglichen. Dadurch würde sich insgesamt das Verkehrsaufkommen reduzieren und die Sicherheit des Fuß- und Radverkehrs verbessern.
- Seine Fraktion setze sich für die Einrichtung einer Einbahnstraßen-Regelung für den gesamten Bereich „Markt-Haferstr.“ ein. Durch diese Regelung könne die Straßenbreite reduziert werden (von 5,5m auf ca. 3,5m), weil mit keinem Gegenverkehr zu rechnen wäre. Es verbliebe mehr Fläche für die Sicherheit der Fuß- und Radfahrer, insbesondere an der Engstelle „Kaffeemühle/Bank“.

Seinen bisherigen Antrag „Umgestaltung Markt/Rathausplatz“ vom 28.04.2017 würde er daher modifizieren. Nur über die verbleibenden Punkte „Einbahnstraßenregelung (Nr. 2) und autofreier Platz neben dem Rathaus (Nr.3) solle eine Entscheidung im Ortsrat getroffen werden.



Frau Dettmann erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass sie dem Beschlussvorschlag mit den erarbeiteten Rahmenbedingungen im vollen Umfang zustimmen werde. Unter Berücksichtigung dieser Bedingungen werde die Umgestaltung des Marktes-Haferstraße zielführend verwirklicht. Die Aufenthaltsqualität für die angrenzende Gastronomie und für den Bürger könne verbessert werden. Vorteilhaft sei die Kennzeichnung / Abgrenzung der Parkplätze, um klare Grenzen und Verbote/Gebote für die Verkehrsteilnehmer zu schaffen, die danach auch kontrollierbar wären. Sie spricht sich in diesem Bereich insbesondere für vermehrte Verkehrskontrollen in den Abendstunden aus. In diesem Zusammenhang macht sie noch einmal darauf aufmerksam, dass in dem Bereich „Markt/Haferstr.“ das Parken auch außerhalb der gekennzeichneten Parkplätze für Personen mit Gehbehinderung erlaubt sei, sofern nicht verkehrsbehindernd geparkt werde.

Herr Hüpel erklärt, dass die Kosten für die Umgestaltung im Blick behalten werden müssen. Die Umgestaltung solle sich insbesondere auf die Funktionalität und Effektivität beschränken. Die aufgestellten Rahmenbedingungen dienen dazu die Planungsleistungen näher zu beziffern.

Frau Mielke hält es für sinnvoll, Planungen für den gesamten Bereich zu entwickeln, auch wenn nur ein Teil von diesen Ideen „kurzfristig“ umzusetzen seien. Für die Zukunft sei es wichtig, den Markt weiterzuentwickeln. Neben der Verwirklichung der Barrierefreiheit regt sie die Aufstellung einer Ladestation für E-Autos an. Weiterhin setzt sie sich für die bisherige Verkehrsführung der Radfahrer ein. Die Radfahrer können zurzeit die Haferstraße in beiden Richtungen befahren. Mit der Einrichtung einer Einbahnstraßen-Regelung würde ihrer Meinung nach zu viel Verkehr entstehen, welcher zu einer Gefährdung des Fuß- und Radverkehrs führen würde.

Frau Meier weist daraufhin, dass mit der Entfernung der 15-Parkplätze am Markt sich ihrer Meinung nach der Pkw-Verkehr stark reduzieren werde. Mit der Einführung der Einbahnstraßen-Regelung werde gleichzeitig mehr Ordnung und Verkehrssicherheit in den gesamten Bereich gebracht. Zurzeit sei schon eine Gefährdung der Radfahrer im unteren Bereich der Haferstraße gegeben. Als Konsequenz würden viele Radfahrer aus Sicherheitsgründen ihre Räder daher schieben.

Herr Stakowski unterstützt den Antrag der SPD –Fraktion und spricht sich im Namen der CDU-Fraktion dafür aus, die Rahmenbedingungen unverändert mit in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Es sei sinnvoll mit den Maßnahmen, die Gewerbetreibenden zu unterstützen und verkehrsregelnde Frequenzen durchzusetzen.

Herr Walkenhorst erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Er sehe keine Notwendigkeit, den Bereich neu umzugestalten und Gelder für die Maßnahme einzusetzen. Um ordnungsrechtliche Maßnahmen besser durchzusetzen, können kleinere kostengünstige Konzepte/Regelungen getroffen werden.

### **Beschluss**

Ortsbürgermeisterin lässt als erstes über den modifizierten Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Einführung einer Einbahnstraße-Regelung (Nr.2) und Einrichtung eines Autofreien Platzes am Rathaus (NR.3)“ abstimmen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

### **Beschluss**

Ortsbürgermeisterin lässt danach über den Antrag der SPD-Fraktion -„die Rahmenbedingungen in den Beschlussvorschlag zu integrieren“- abstimmen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich empfohlen.

Der Beschluss lautet wie folgt:

### **Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote von Planungsbüros für die Vorplanung einer Umgestaltung des Bereichs Markt / Haferstraße inklusive Kostenschätzung unter folgenden Rahmenbedingungen einzuholen.

- Verbesserung der Aufenthaltsqualität / Außengastronomie
- Verbesserung der Barrierefreiheit und Wegeführung
- Verbesserung der Anbindung der umliegenden Parkplätze
- Eindeutige Gestaltung und Markierung der Stellplätze
- Schaffung von attraktiven Fahrradstellplätzen (e-bikes, Ladestation etc.)
- Reduzierung der Stellplatzanzahl auf dem Markt
- Verkehrslenkung beibehalten

### **TOP 8.1 Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Rathausplatz Markt Vorlage: 2017/0129**

Die Diskussion und die Beratung des Tagesordnungspunktes 8.1 erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt 8.0.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wurde wie folgt modifiziert:  
Eine Entscheidung ist über die folgende Regelungen/Nummern zu treffen.

- Eine Einbahnstraßenregelung soll dafür sorgen, dass Begegnungsverkehr vermieden werden soll (Nr. 2)
- Der Platz neben dem Rathaus soll autofrei bleiben, was durch bauliche Maßnahmen unterstützt wird (Nr. 3)

Der Antrag wurde mit 2 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

### **TOP 9 Bebauungsplan "Neue Mitte Nord" Aufstellungsbeschluss Vorlage: 2018/0022**

Herr Reusche stellt den Geltungsbereich des Bebauungsgebietes und die Ziele der Planungen detailliert dar. Er erläutert, dass die Ideen aus dem Wettbewerb wirtschaftlich nicht umsetzbar seien und es angedacht sein, den Wettbewerb aufzuheben. Danach seien die städtebaulichen Grundlagen zu überarbeiten bzw. zu optimieren.

Frau Dettmann erklärt, dass die SPD – Fraktion der Aufstellung des Bebauungsplanes zustimmen werde. Die Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum und die bauliche Integration des Jugendzentrums beschäftigen die politischen Gremien schon längere Zeit. Es sei daher wichtig, die Themen weiterzuentwickeln und Rahmenbedingungen zu finden, die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse / Bedingungen eingehen. Sie macht deutlich, dass die aktuelle Unterbringung des Jugendzentrums eine Übergangslösung mit nicht optimalen Bedingungen darstellt und dringend Entscheidungen über die weitere Entwicklung getroffen werden müssen.

Herr Birke führt aus, dass die CDU – Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Der Bebauungsplan gäbe den planungsrechtlichen Rahmen, um Wohnraum zu schaffen und die Integration des Jugendzentrums zu klären. Neben den Entscheidungen über die Erschließung solle ebenfalls eine Betrachtung und Bewertung der peripheren Entwässerung

gehören. Im Blick sollen die Zukunftsfähigkeit und Funktionalität der Infrastruktureinrichtungen bleiben, denn Probleme in diesem Bereich könnten auch Auswirkungen auf tiefliegende Gebiete in Bereich Hafermasch haben.

Herr Wüsthube spricht sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ebenfalls für die Aufstellung des Bebauungsplanes aus. Die Nachverdichtung und die Innenstadtentwicklung seien wichtige planungsrelevante Ziele, die das stadtnahe Wohnen ermöglichen.

Der Ortsrat empfiehlt einstimmig folgenden Beschluss:

### **Beschluss**

Die Aufstellung des Bebauungsplans „Neue Mitte Nord“, Melle-Mitte wird beschlossen. Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

## **TOP 10 Anfrage zur Aufstellung eines Kunstwerkes in Melle-Mitte**

Ortsbürgermeisterin berichtet, dass ein Meller Unternehmer der St. Petri Kirchengemeinde eine Luther-Skulptur zum 500. Reformationstag stiften wollte. Da die vom Künstler gewählte Darstellung nicht den Vorstellungen der Kirchengemeinde entsprach, wurde die Aufstellung des Denkmals vor der St. Petri Kirche abgelehnt. Nunmehr sei der Ortsrat informiert und um eine Lösung gebeten worden. Die Angelegenheit wurde nach Besichtigung der Skulptur in einer interfraktionellen Gruppe beraten. Es werde einheitlich die Meinung im Ortsrat vertreten, dass der Standort der Skulptur einen Bezug zur Kirche haben muss. Als möglichen zukünftigen Standort werde daher der Bereich am Zugang der Gasse „Klapperhagen / Markt“ gesehen. Dieser Standort werde Stifter und Künstler vorgeschlagen. Über die vorgeschlagene Vorgehensweise lässt sie abstimmen.

Der Ortsrat stimmt einstimmig der Vorgehensweise zu.

## **TOP 11 Wünsche und Anregungen**

Frau Meier bittet die Verwaltung, die Schäden am Pflaster bzw. die entstandenen Löcher auf dem Parkplatz „Kirchstraße/Niehaus“ zu beseitigen. Gleichzeitig regt sie an, die Markierung der Parkbuchten zu erneuern bzw. größere Parkbuchten anzulegen.

Frau Dettmann berichtet, dass sich der Arbeitskreis „Kultur und Festivitäten“ in Kürze treffen werde, um sich mit der Thematik „Friedhofgestaltung“ zu befassen.

Herr Wüsthube macht den Vorschlag, die Umbenennung des „Städtischen Festsaals“ in der nächsten Ortsratssitzung zu thematisieren.

Der Vorschlag wird von Herrn Hotho unterstützt.

Herr Plaß weist darauf hin, dass das „Kreuz des Ostens“ beim letzten Sturm schwer beschädigt und deshalb entfernt werden musste. Die Erneuerung sollte ebenfalls im nächsten Ortsrat beraten werden.

Ortsbürgermeisterin informiert darüber, dass bereits Gespräche aufgenommen worden seien. Die Ergebnisse werden demnächst vorgestellt.

Herr Pfeiffer berichtet, dass einige Radfahrer den Verkehr erheblich gefährden, weil sie keine Verkehrsschulung erhalten. Er bittet, Verkehrskontrollen durchzuführen.

Die nächsten Ortsratssitzungen werden auf den 16.04.2018, 04.06.2018, 20.08.2018 und 06.11.2018 terminiert.

Melle, 29.03.2018

Gez. Gerda Hövel  
Ortsbürgermeisterin  
(Datum, Unterschrift)

Melle, 26.03.2018

Gez. Sandra Wiesemann  
Amtsleiterin  
(Datum, Unterschrift)

Melle, 07.03.2018

Gez. Heike Wiesemann  
Protokollführerin  
(Datum, Unterschrift)